

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 3. Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXIII

Erster Teil. Allgemeiner Teil des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Erster Abschnitt. Grundlagen	1
Zweiter Abschnitt. Anwendungsbereich der §§ 305 ff.	37
Dritter Abschnitt. Einbeziehung in den Vertrag	94
Vierter Abschnitt. Auslegung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	131
Fünfter Abschnitt. Inhaltskontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen	143
Sechster Abschnitt. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit	249

Zweiter Teil. Ausgewählte Problemfelder der Inhaltskontrolle

Erster Abschnitt. Erklärungen der Vertragsparteien	277
Zweiter Abschnitt. Vertragsschluss	292
Dritter Abschnitt. Vertragsinhalt	301
Vierter Abschnitt. Leistungsstörungen	349
Fünfter Abschnitt. Gewährleistungshaftung	365
Sechster Abschnitt. Haftung	380
Siebter Abschnitt. Vertragsabwicklung	390
Achter Abschnitt. Sicherungsvereinbarungen	395
Neunter Abschnitt. Prozessbezogene Klauseln	403
Zehnter Abschnitt. Besondere Vertragstypen	416

Dritter Teil. Das Verbandsklageverfahren

Erster Abschnitt. Allgemeines zur Verfahrensregelung	477
Zweiter Abschnitt. Der Unterlassungs- und Widerrufsanspruch	482
Dritter Abschnitt. Verfahrensrechtliche Aspekte der Anspruchsdurchsetzung	492
Anhang	505
Sachverzeichnis	507

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil. Allgemeiner Teil des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Erster Abschnitt. Grundlagen	1
§ 1. Einführung	1
I. Bedeutung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	1
II. Schrifttum zum Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	2
1. Kommentare und Handbücher	2
2. Lehrbücher	2
3. Grundlegende Monographien	3
4. Vertragsgestaltung und Allgemeine Geschäftsbedingungen	3
5. Rechtsprechungsübersichten	3
6. Einführende Aufsätze und Klausuren für Studenten	3
7. Recht ausländischer Staaten, internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung	3
8. Besondere Vertragstypen	4
§ 2. Entwicklung bis zum AGB-Gesetz	4
I. Allgemeine Geschäftsbedingungen als Folgeerscheinung der technischen und wirtschaftlichen Expansion im 19. Jahrhundert	4
II. Erste Ansätze im Schrifttum	4
III. Die Rechtsprechung vor Inkrafttreten des AGB-Gesetzes	6
IV. Das AGB-Gesetz vom 9.12.1976	8
1. Die vorparlamentarische rechtspolitische Diskussion	8
2. Das Gesetzgebungsverfahren	10
3. Die Grundkonzeption des AGB-Gesetzes	10
§ 3. Klauselrichtlinie und Schuldrechtsmodernisierung	11
I. Die AGB-Novelle von 1996 und ihre Vorgeschichte	11
1. Die Richtlinie 93/13/EWG des Rates über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen vom 5.4.1993	13
a) Entstehungsgeschichte der Klauselrichtlinie	13
b) Inhalt der Klauselrichtlinie	13
c) Weitere Entwicklung	14
d) Rolle des Europäischen Gerichtshofs	15
2. Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht	17
II. Integration des AGB-Rechts in das BGB durch das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz	17
1. Die gesetzgeberische Grundsatzentscheidung	18
a) Das materielle AGB-Recht	18
b) Das formelle AGB-Recht	19
2. Rechtspolitische Kritik	19
3. Übergangsvorschriften	20
III. Perspektivenwechsel für die AGB-Kontrolle von Kaufverträgen im unternehmerischen Verkehr?	20
§ 4. Positive Funktionen und negative Begleiterscheinungen Allgemeiner Geschäftsbedingungen	21
I. Rationalisierungs- und Typisierungsfunktion	21
II. Gefahr unangemessener Risikoabwälzung zu Lasten der Kunden	23

§ 5. Wertungsgrundlagen des AGB-Rechts	24
I. Legitimation der Kontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen	24
1. Verfassungsrechtliche Ausgangslage	24
2. Vertragstheoretische Begründungen der AGB-Kontrolle	25
3. Rechtsökonomische Begründung der AGB-Kontrolle	27
II. Schutzzweck des Gesetzes	29
III. Schutz vor Umgehungen	31
1. Allgemeines	31
2. Einsatzfelder der Umgehungskontrolle	32
3. Umgehungsvoraussetzungen	33
4. Rechtsfolge einer festgestellten Umgehung	34
IV. Geltungsgrund der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	34
1. Normentheorie versus Vertragstheorie	34
2. Plädoyer für ein vertragsrechtliches Verständnis	35
Zweiter Abschnitt. Anwendungsbereich der §§ 305 ff.	37
§ 6. Sachlicher Anwendungsbereich	37
I. Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	37
1. Voraussetzungen des AGB-Begriffs	38
a) Vertragsbedingungen	38
b) Vorformulierung für eine Vielzahl von Verträgen	43
(1) Vorformulierung	43
(2) Für eine Vielzahl von Verträgen	45
(3) Einzelvertragsklauseln in Verbraucherverträgen	46
c) „Stellen“	47
(1) Konkreter einseitiger Einbeziehungsvorschlag	47
(2) Drittbedingungen	48
(3) Beiderseitiger Einbeziehungsvorschlag	50
d) Unerhebliche Umstände	51
2. Individualvereinbarungen	51
a) Funktion der Vorschrift	51
b) Anforderungen an das „Aushandeln“	52
3. Beweislast	54
II. Ausnahmen vom sachlichen Anwendungsbereich	55
1. Erbrecht	55
2. Familienrecht	56
3. Gesellschaftsrecht	56
a) Ausnahmegrund	57
b) Reichweite der Ausnahme	57
c) Inhaltskontrolle von vorformulierten Gesellschaftsverträgen und Vereinssatzungen am Maßstab von Treu und Glauben (§ 242)	58
(1) Publikumpersonengesellschaften	58
(2) Vereine	60
d) Änderungen infolge der EG-Klauselrichtlinie?	62
4. Eingeschränkte AGB-Kontrolle im Arbeitsrecht	62
a) Änderung der Bereichsausnahme durch das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz	62
b) Keine AGB-Kontrolle von Tarifverträgen, Betriebs- und Dienstvereinbarungen	63
c) Tarifverträge als Rechtsvorschriften im Sinne von § 307 Abs. 3	65
d) AGB-Kontrolle von Arbeitsvertragsbedingungen unter angemessener Berücksichtigung der im Arbeitsrecht geltenden Besonderheiten	66
5. Bereichsausnahme bei vollständiger Übernahme der VOB/B	67
§ 7. Persönlicher Anwendungsbereich	69
I. Einschränkungen in Bezug auf unternehmerische und öffentlich-rechtliche Kunden	69
1. Einordnung der Vorschrift des § 310 Abs. 1	69
2. Der von der Ausnahme erfasste Kundenkreis	70
a) Unternehmer	70
b) Öffentlich-rechtliche Kunden	71
3. Die ausgenommenen Vorschriften	71

II. Der persönliche Anwendungsbereich des § 310 Abs. 3	71
1. Hintergrund der Vorschrift	71
2. Verbrauchervertrag	72
III. Zusammenfassender Überblick	74
§ 8. Allgemeine Geschäftsbedingungen im internationalen Rechtsverkehr	74
I. Der internationalprivatrechtliche Schutz des AGB-Kunden	75
1. Allgemeines	75
2. Das auf den Schuldvertrag anwendbare Recht	75
a) Rechtswahl	75
b) Objektive Anknüpfung	76
c) Umfang des Vertragsstatuts und AGB-Recht	76
3. Sonderanknüpfung von AGB-Schutzvorschriften	77
a) Art. 6 Abs. 2 Rom I-VO	77
(1) Voraussetzungen	78
(2) Rechtsfolgen	79
(3) Schutzlücken	79
b) Art. 46b EGBGB	79
(1) Bedeutung des Art. 46b EGBGB	80
(2) Anwendungsvoraussetzungen	80
(3) Rechtsfolgen	82
c) Art. 9 Abs. 2 Rom I-VO	84
d) Art. 8 Rom I-VO	84
e) Art. 3 Abs. 3 und Abs. 4 Rom I-VO	85
II. Wirksamkeit von Rechtswahlklauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	85
1. Kollisionsrechtlicher Verweisungsvertrag	86
2. Wahl deutschen Rechts	87
a) Einbeziehung	87
b) Wirksamkeit	88
3. Verweis auf ausländisches Recht	88
a) Einbeziehung	88
b) Wirksamkeit	89
III. AGB-Recht und UN-Kaufrecht (CISG)	89
1. Anwendbarkeit und Reichweite des CISG	89
2. Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen nach dem CISG	90
3. Inhaltskontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen	91
4. Abwahl des UN-Kaufrechts in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	91
IV. AGB-Regeln in den Einheitsrechtsprojekten	91
Dritter Abschnitt. Einbeziehung in den Vertrag	94
§ 9. Einbeziehungsvereinbarung oder Rahmenvereinbarung	94
I. Allgemeines	94
1. Inhalt und Zweck des § 305 Abs. 2	94
2. Das Verhältnis von § 305 Abs. 2 zum allgemeinen Vertragsrecht	95
3. Die Einbeziehung in der Stufenfolge der AGB-Kontrolle	96
II. Einbeziehungsvereinbarung	96
1. Hinweis des Verwenders	97
a) Ausdrücklicher Hinweis	97
b) Hinweisersatz durch Aushang	98
2. Möglichkeit zumutbarer Kenntnisnahme	99
3. Maßgeblicher Zeitpunkt	102
4. Einverständnis des Kunden	103
5. Beweisfragen	104
III. Einbeziehung unter erleichterten Voraussetzungen	104
1. Ausnahmen nach § 305a	104
a) Genehmigte Tarife und Beförderungsbedingungen im Linienverkehr	105
b) Allgemeine Geschäftsbedingungen für Postbeförderungsverträge	105
c) Allgemeine Geschäftsbedingungen für bestimmte Telekommunikationsdienstleistungen	106

2. Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen im unternehmerischen Geschäftsverkehr	106
3. Einbeziehung vorformulierter Arbeitsvertragsbedingungen	108
IV. Rahmenvereinbarung	108
1. Sinn und Wirkungsweise einer Rahmenvereinbarung	108
2. Voraussetzungen einer wirksamen Rahmenvereinbarung	109
V. Das Problem kollidierender Allgemeiner Geschäftsbedingungen	110
1. Problemstellung	110
2. Lösungsansatz der Rechtsprechung	111
a) Ausgangspunkt: Theorie des letzten Wortes	112
b) Einschränkungen dieses Lösungsansatzes	112
3. Stellungnahme	113
a) Zustandekommen des Vertrages	113
b) Inhalt des Vertrages (Prinzip der Kongruenzgeltung)	114
4. Eigentumsvorbehalt bei sich widersprechenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen	115
§ 10. Ausschluss überraschender Klauseln	116
I. Allgemeines	116
II. § 305c Abs. 1 im System der AGB-Kontrolle	117
III. Die tatbestandlichen Voraussetzungen	119
IV. Fallgruppen	121
1. Begründung oder wesentliche Modifizierung von Hauptverpflichtungen	121
2. Änderung des Vertragscharakters	122
3. Atypische Nebenabreden	123
4. Versteckte Klauseln	123
§ 11. Vorrang der Individualabrede	124
I. Regelungsanliegen und Dogmatik des Vorrangprinzips	124
II. Voraussetzungen des Vorrangs	126
1. Vorliegen einer Individualabrede	126
2. Inhaltliche Abweichung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen von der Individualabrede	126
III. Problematik der Schriftformklauseln	127
1. Vorkommen und Gestaltungsformen	128
2. Vorrang mündlicher Abreden	128
3. Wirksamkeit von Schriftformklauseln	129
4. Auswirkungen der Klauselrichtlinie	130
Vierter Abschnitt. Auslegung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	131
§ 12. Grundsatz der objektiven Auslegung	131
I. Vorbemerkungen	131
1. Ziel der Auslegung	131
2. Trennung von Auslegung und Inhaltskontrolle	131
II. Der objektive Auslegungsmaßstab	132
1. Ausgangslage im Bürgerlichen Recht	132
2. Modifikation des Auslegungsmaßstabs bei Allgemeinen Geschäftsbedingungen	132
3. Gründe für die objektive Auslegung	133
III. Die Auslegung von Klauseln in Verbraucherverträgen	134
IV. Revisibilität der Auslegung	134
§ 13. Besondere Auslegungsregeln	135
I. Unklarheitenregel	136
1. Einordnung der Regel	136
2. Vorrangige Ausschöpfung der Auslegungsmethoden	137
3. Anwendung der Unklarheitenregel im Verbandsprozess	138
4. Anwendung der Unklarheitenregel im Individualprozess	139
II. Restriktionsprinzip?	140
III. Individualvertragskonforme Auslegung?	141

Fünfter Abschnitt. Inhaltskontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen	143
§ 14. Grundlagen der Inhaltskontrolle	143
I. Die Stellung der §§ 307 bis 309 im Vertragsrecht	143
1. Allgemeines	143
2. Verhältnis zu anderen Vorschriften	143
a) § 138 Abs. 1 BGB (Maßstab der Sittenwidrigkeit)	143
b) § 242 BGB (Treu und Glauben)	144
c) Billigkeitskontrolle nach § 315 BGB	145
d) §§ 119, 123 BGB (Irrtumsanfechtung)	146
e) Verbraucherschutzrecht	148
II. Gesetzliche Sonderformen der Kontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	148
1. Verwaltungsrechtliche Genehmigungsverfahren	148
2. Versicherungsaufsichtliche Missstandskontrolle	149
3. Kartellrechtliche Kontrollverfahren	150
a) Das System der kartellrechtlichen Legalfreistellung	150
b) Maßstab der kartellbehördlichen Kontrolle	152
c) Diskriminierungsverbot nach § 20 Abs. 1 GWB	152
4. Schutz vor unlauterem Wettbewerb (UWG)	153
III. Notarielle Inhaltskontrolle	155
IV. Inhaltskontrolle durch das Grundbuchamt	155
§ 15. Schranken der Inhaltskontrolle	156
I. Allgemeines	156
II. Zum Normverständnis des § 307 Abs. 3	157
1. Die amtliche Begründung des Regierungsentwurfs	157
2. Der doppelte Normzweck	157
a) Wahrung marktwirtschaftlicher Prinzipien	157
b) Bindung des Richters an Gesetz und Recht	158
3. Rückschlüsse aus der EG-Richtlinie über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen	159
III. Transparenz als Vorbedingung der Kontrollfreiheit	160
IV. Deklaratorische Klauseln	161
1. Übereinstimmung mit Rechtsvorschriften	161
2. Gesetzlich eröffnete Gestaltungsmöglichkeiten	163
3. Ergänzungsbedürftige Regelungen	164
V. Festlegung der Hauptleistungspflichten	164
1. Leistungsbeschreibungen	165
a) Kernbereich vertraglicher Leistungsspezifikation	165
b) Modifikationen des Leistungsversprechens	166
c) Allgemeine Versicherungsbedingungen	166
2. Preisvereinbarungen	168
a) Unmittelbare Preisabreden	168
b) Preisnebenabreden	169
c) Entgeltfestsetzungen für Neben- oder Sonderleistungen	170
3. Stellungnahme	170
a) Teilnahme an den Kontrollmechanismen von Markt und Wettbewerb?	171
b) Rückschlüsse aus den Klauselverboten der §§ 308 und 309	175
§ 16. Die Generalklausel	177
I. Grundlagen der Inhaltskontrolle	179
1. Inhaltskontrolle als Rechtsanwendung	179
2. Inhaltskontrolle als Wirksamkeitskontrolle	180
II. Bedeutung und Funktion des § 307 Abs. 1 und 2	181
III. Unangemessene Benachteiligung	182
1. Maßstab und Prüfungsgang	182
a) Benachteiligung	182
b) Unangemessenheit	182
2. Beurteilungszeitpunkt	183

3. Überindividuell-generalisierende Betrachtungsweise	184
4. Missbrauchskontrolle bei Verbraucherverträgen	185
a) Autonome Auslegung des Art. 3 Abs. 1 der Richtlinie?	185
b) Exkurs: gesplante Auslegung?	186
c) Kombinationslösung nach § 310 Abs. 3 Nr. 3	187
5. Einzelne Wertungsgesichtspunkte	189
a) Gesamter Vertragsinhalt	189
(1) Summierungseffekt	189
(2) Kompensationswirkung	190
b) Rationalisierungseffekt	191
c) Risikobeherrschung	191
d) Versicherbarkeit	192
e) Unmaßgeblichkeit des Preisarguments	193
f) Verfassungsrechtliche Wertungen	194
IV. Die Regelung des § 307 Abs. 2	195
1. Einordnung als in sich abgeschlossene Sondertatbestände der Inhaltskontrolle	195
2. Verhältnis von § 307 Abs. 2 Nr. 1 zu Nr. 2	197
3. Unvereinbarkeit mit einem gesetzlichen Leitbild	197
a) „Wesentliche Grundgedanken“ der gesetzlichen Regelung	197
b) Das Merkmal der „gesetzlichen Regelung“	199
(1) Gesetze im formellen und materiellen Sinne	199
(2) Ungeschriebene Rechtsgrundsätze und Richterrecht	200
(3) Vertragstypenspezifische Grundgedanken?	203
c) Die Merkmale des „Abweichens“ und der „Unvereinbarkeit“	204
(1) Feststellung einer für den Vertragspartner nachteiligen Rechtslagendivergenz	204
(2) Die Unvereinbarkeitsprüfung als abschließende Wertungsstation	206
d) Beispiele aus der Rechtsprechung	207
e) Problemschwerpunkt: Zulässigkeit von Bankenentgelten	212
(1) Kasuistik und Leitlinien der Rechtsprechung	212
(2) Stellungnahme	214
(3) Vereinbarungen über die Vergütung von Leistungen im Rahmen eines Zahlungsdienstevertrags	215
4. Vertragszweckgefährdende Einschränkung wesentlicher Rechte und Pflichten	216
a) Das Aushöhlungsverbot als Ausprägung des Verbots widersprüchlichen Verhaltens	216
b) Konkretisierung typischer Erwartungshorizonte auf der Grundlage des Verbots widersprüchlichen Verhaltens	218
(1) Wesentliche Rechte oder Pflichten aus der Natur des Vertrages	218
(2) Einschränkung – Enttäuschung des geweckten Vertrauens	226
(3) Vertragszweckgefährdung	226
c) Beispiele aus der Rechtsprechung	227
V. Der verbleibende Anwendungsbereich des § 307 Abs. 1 Satz 1	229
VI. Anwendung der Generalklausel im unternehmerischen Geschäftsverkehr	229
1. Maßstab der Angemessenheit	230
2. Ausstrahlung der Katalogtatbestände	233
 § 17. Das Transparenzgebot	 234
I. Grundlagen	235
1. Normative Verankerung des Transparenzgebots	235
2. Unangemessenheit durch Unklarheit?	236
II. Beurteilungsmaßstab	238
III. Einzelausprägungen	239
1. Gebot möglicher Klarheit und Durchschaubarkeit	239
2. Gebot möglichst weit gehender Konkretisierung und Bestimmtheit	240
3. Gebot der Rechtsklarheit (Täuschungsverbot)	241
IV. Grenzen der Transparenzanforderungen	241
V. Rechtsfolgen der Intransparenz	243

§ 18. Besondere Klauselverbote	243
I. Allgemeines	243
II. Klauselkataloge und Generalklausel	244
III. Das Konzept der §§ 308 und 309	245
1. Klauselverbote mit Wertungsmöglichkeit	245
2. Klauselverbote ohne Wertungsmöglichkeit	246
IV. Anhang der EG-Richtlinie	246
V. Eingeschränkte Inhaltskontrolle im Bereich der Versorgungsverträge	247
Sechster Abschnitt. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit	249
§ 19. Grundsatz des Fortbestandes des Vertrages im Übrigen	249
I. Regelungsanliegen und Anwendungsbereich des § 306 Abs. 1	249
II. Voraussetzungen der Aufrechterhaltung des Restgeschäfts	250
1. Unvollständigkeit des Vertrags infolge Nichtgeltung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	250
2. Teilbarkeit des Vertrages	250
3. Gesamtnirksamkeit bei Vielzahl unwirksamer Klauseln?	251
§ 20. Der Inhalt des wirksam gebliebenen Vertrages	253
I. Ersatzloser Wegfall einzelner AGB-Bestimmungen	253
II. Das Problem der geltungserhaltenden Reduktion	253
1. Grundsätzliches Verbot der geltungserhaltenden Reduktion	254
2. Ausnahmen vom Verbot der geltungserhaltenden Reduktion	257
a) Sachliche Teilbarkeit der Klausel	257
b) Personale Teilunwirksamkeit	258
c) Fertig bereit liegende Rechtsordnungen	258
d) Verschiedene Kundenkreise	259
e) Vertrauensschutz bei Gesetzes- oder Rechtsprechungsänderung	259
f) Besonderheiten des Arbeitsrechts?	260
III. Dispositives Recht als Reglersatzordnung	261
IV. Ergänzende Vertragsauslegung	262
1. Grundsätzliche Zulässigkeit	262
2. Voraussetzungen, Maßstab und Grenzen	264
V. Vertragliche Vorsorge	269
1. Salvatorische Klauseln	269
2. Bedingungsanpassungsklauseln	271
§ 21. Unwirksamkeit des Vertrages als Ausnahme	272
I. Einordnung der Vorschrift des § 306 Abs. 3	272
II. Anwendungsfälle des § 306 Abs. 3	273
III. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	274
§ 22. Schadensersatzpflicht des Verwenders AGB-gesetzwidriger Klauseln	274
I. Grundlage eines Schadensersatzanspruchs	274
II. Voraussetzungen der Haftung	275
III. Umfang der Haftung	275

Zweiter Teil. Ausgewählte Problemfelder der Inhaltskontrolle

Erster Abschnitt. Erklärungen der Vertragsparteien	277
§ 23. Fingierte Erklärungen	277
I. Ausgangslage und Regelungsanliegen des § 308 Nr. 5	277
II. Anwendbarkeit und Inhalt der Vorschrift	278
1. Ausschluss von Vertragsschlussklärungen	278
2. Erklärungsfiktionen	278

3. Wirksamkeitsschranken	279
a) Angemessene Erklärungsfrist	279
b) Besonderer Hinweis auf die Bedeutung des Verhaltens	280
c) Berechtigtes Interesse des Verwenders	280
d) Inhaltliche Vereinbarkeit der fingierten Erklärung mit den §§ 307 ff.	281
III. Rechtsfolge des Fehlens einer der Voraussetzungen	281
IV. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	282
§ 24. Zugangsfiktionen	282
I. Ausgangslage und Regelungsanliegen des § 308 Nr. 6	282
II. Inhalt des Verbots	283
1. Fiktion des Zugangs	283
2. Erklärungen von besonderer Bedeutung	284
III. Rechtsfolgen eines Verstoßes	284
IV. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	285
§ 25. Formerschwerungen	285
I. Allgemeines, Zweck des § 309 Nr. 13	285
II. Inhalt des Verbots	285
III. Rechtsfolgen eines Verstoßes	287
IV. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	287
§ 26. Tatsachenbestätigungen	288
I. Allgemeines und Normzweck des § 309 Nr. 12 Buchst. b	288
II. Umfang des Verbots	288
1. Änderung zum Nachteil des Vertragspartners	288
2. Erfasste Formen der Tatsachenbestätigungen	289
3. Empfangsbekanntnisse	290
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften	291
III. Rechtsfolgen eines Verstoßes	291
IV. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	291
Zweiter Abschnitt. Vertragsschluss	292
§ 27. Bindung an das Vertragsangebot	292
I. Gesetzliche Ausgangslage und Regelungsanliegen des § 308 Nr. 1 Halbsatz 1 Var. 1	292
II. Anwendungsbereich und Inhalt des Klauselverbots	293
1. Unangemessen lange Fristen	294
2. Nicht hinreichend bestimmte Fristen	296
III. Rechtsfolgen eines Verstoßes	297
IV. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	297
§ 28. Haftung des Abschlussvertreters	297
I. Allgemeines	297
II. Regelungsbereich des § 309 Nr. 11	298
1. Eigene Haftung oder Einstandspflicht des Vertreters	298
2. Haftungsverschärfung für den Vertreter ohne Vertretungsmacht	300
III. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	300
Dritter Abschnitt. Vertragsinhalt	301
§ 29. Laufzeit und Kündigung des Vertrages	301
I. Das Klauselverbot des § 309 Nr. 9	301
1. Schutz vor übermäßig langer Vertragsbindung	301
2. Die tatbestandlich erfassten Vertragsarten	301
3. Ausnahmen von der Laufzeitbegrenzung für Dauerschuldverhältnisse	304
4. Laufzeit	304
5. Stillschweigende Vertragsverlängerung	306
6. Kündigungsfrist	306

7. Rechtsfolgen bei Überschreitung der Höchstgrenzen	306
8. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	307
II. Inhaltskontrolle auf der Grundlage des § 307 BGB	307
1. Vertragslaufzeitklauseln	307
2. Verlängerungsklauseln	308
a) Automatische Verlängerungsklauseln	308
b) Optionsklauseln zur Laufzeitverlängerung	308
3. Kündigungsklauseln	309
§ 30. Änderungen der Rechtszuständigkeit	309
I. Wechsel des Vertragspartners (§ 309 Nr. 10)	309
1. Regelungsanliegen	309
2. Inhalt des Verbots	310
a) Erfasste Vertragsarten	310
b) Wechsel des Vertragspartners	310
c) Namentliche Bezeichnung	311
d) Lösungsrecht vom Vertrag	311
3. Anhang Nr. 1p der Richtlinie 93/13/EWG	312
4. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	312
II. Abtretungsverbote	312
1. Interessenlage und generelle Bewertung	313
2. Die Regelung des § 354a HGB	314
§ 31. Leistungspflicht des Verwenders	315
I. Leistungsfristen (§ 308 Nr. 1 Halbsatz 1 Var. 2)	315
1. Gesetzliche Ausgangslage und Regelungsanliegen	315
2. Inhalt des Klauselverbots	316
a) Leistungsfristen	316
b) Unangemessene Länge	316
c) Mangelnde Bestimmtheit	317
d) Ausnahme im Hinblick auf Widerrufsrechte bei Verbraucherverträgen	318
3. Rechtsfolgen eines Verstoßes	318
4. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	318
II. Zahlungs-, Prüfungs- und Abnahmefristen (§ 308 Nr. 1a und Nr. 1b)	318
III. Vorbehaltenes Lösungsrecht (§ 308 Nr. 3 und § 308 Nr. 8)	318
1. Gesetzliche Ausgangslage und Regelungsanliegen	319
2. Inhalt des Klauselverbots des § 308 Nr. 3	319
a) Lösungsrecht	319
b) Ohne Angabe des Grundes	320
c) Ohne sachlich gerechtfertigten Grund	320
(1) Sphäre des Kunden	321
(2) Sphäre des Verwenders	323
d) Keine Geltung für Dauerschuldverhältnisse	324
3. Rechtsfolgen eines Verstoßes	324
4. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	325
5. Das ergänzende Klauselverbot des § 308 Nr. 8	325
VI. Änderungsvorbehalt (§ 308 Nr. 4)	325
1. Gesetzliche Ausgangslage und Regelungsanliegen	325
2. Anwendungsbereich	326
3. Inhalt des Klauselverbots	327
a) Änderung und Abweichung	327
b) Zumutbarkeit	327
4. Rechtsfolgen eines Verstoßes	330
5. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	330
V. Kurzfristige Preiserhöhungen (§ 309 Nr. 1)	330
1. Gesetzliche Ausgangslage und Regelungsanliegen	330
2. Nr. 1 Buchst. 1 des Anhangs der Klauselrichtlinie	331
3. Inhalt des Klauselverbots	331
a) Erhöhung des Entgelts	332

b) Waren oder Leistungen	332
c) Viermonatsfrist	333
d) Ausnahme von Dauerschuldverhältnissen	333
4. Preiserhöhungsklauseln in Reiseverträgen	334
5. Preiserhöhungsklauseln in längerfristigen Verträgen mit Verbrauchern	334
6. Preisanpassungsklauseln in den Bedingungen der Energieversorgungsunternehmen	336
7. Rechtsfolgen eines Verstoßes	338
8. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	338
§ 32. Gegenrechte des Kunden	338
I. Leistungsverweigerungsrechte (§ 309 Nr. 2)	338
1. Gesetzliche Ausgangslage und Regelungsanliegen	338
2. Inhalt des Klauselverbots	339
a) Schutz der Zug-um-Zug-Einrede durch § 309 Nr. 2 Buchst. a	339
b) Schutz des Zurückbehaltungsrechts durch § 309 Nr. 2 Buchst. b	340
c) Ausschluss und Einschränkung	340
3. Verhältnis zu anderen Vorschriften	341
4. Rechtsfolgen eines Verstoßes	343
5. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	343
6. Exkurs: Vorleistungspflichten	343
II. Aufrechnung (§ 309 Nr. 3)	344
1. Aufrechnungsverbote	345
a) Aufrechnungsverbote in der vertraglichen Praxis	345
b) Inhalt des Klauselverbots des § 309 Nr. 3	346
(1) Unbestrittene und rechtskräftig festgestellte Forderungen	346
(2) Entscheidungsreife Forderungen	346
c) Rechtsfolgen zu weit reichender Aufrechnungsverbote	347
d) Unternehmerischer Geschäftsverkehr	347
2. Erweiterung der Aufrechnungsbefugnis des Verwenders	347
Vierter Abschnitt. Leistungsstörungen	349
§ 33. Pflichtverletzungen des Verwenders	349
I. Vorbehalt einer Nachfrist (§ 308 Nr. 2 BGB)	349
1. Gesetzliche Ausgangslage und Regelungsanliegen	349
2. Inhalt des Klauselverbots	350
a) Vorbehalt einer Nachfrist	350
b) Unangemessene Länge	350
c) Nicht hinreichende Bestimmtheit	351
3. Rechtsfolgen eines Verstoßes	351
4. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	351
II. Ausschluss des Rechts, sich vom Vertrag zu lösen (§ 309 Nr. 8 Buchst. a BGB)	351
1. Grund der Intervention	351
2. Inhalt des Klauselverbots	352
3. Verhältnis zu anderen Vorschriften	353
4. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	353
§ 34. Leistungsverzug des Kunden	353
I. Allgemeines, Zweck des § 309 Nr. 4	353
II. Inhalt des Klauselverbots	354
III. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	355
§ 35. Sanktionsvereinbarungen	355
I. Vorkommen in der Praxis	355
II. Pauschalierung von Schadensersatzansprüchen	356
1. Allgemeines, Zweck	356
2. Anwendungsbereich des § 309 Nr. 5	356
3. Wirksamkeitsgrenzen	357
a) Generell überhöhte Pauschalen	357
b) Ausdrückliche Gestattung des Gegenbeweises	358

4. Rechtsfolgen eines Verstoßes	359
5. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	359
III. Vertragsstrafe	359
1. Vertragsstrafe und verwandte Erscheinungen	359
2. Gesetzgeberisches Regelungsanliegen	360
3. Die Verbotstatbestände des § 309 Nr. 6 BGB im Einzelnen	361
a) Nichtabnahme oder verspätete Abnahme der Leistung	361
b) Zahlungsverzug	361
c) Lösung vom Vertrag	362
4. An § 307 BGB zu messende Klauselgestaltungen	362
a) Höhe der Vertragsstrafe	362
b) Verschuldensunabhängige Vertragsstrafe	363
5. Rechtsfolgen eines Verstoßes	363
6. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	363
Fünfter Abschnitt. Gewährleistungshaftung	365
§ 36. Die Gewährleistung für fehlerhafte Sachen und Leistungen	365
I. Allgemeines	365
II. Der sachliche Anwendungsbereich des § 309 Nr. 8 Buchst. b	366
1. Lieferung neu hergestellter Sachen	366
2. Werkleistungen	367
III. Ausschluss und Verweisung auf Dritte	367
1. Verbot des vollständigen oder teilweisen Ausschlusses	367
2. Verbot der Ersetzung der Gewährleistung durch Einräumung von Ansprüchen gegen Dritte	368
3. Eingeschränktes Verbot einer nur subsidiären Eigenhaftung	368
IV. Anspruch auf Nacherfüllung	369
1. Beschränkung auf Nacherfüllung	369
2. Aufwendungen bei Nacherfüllung	371
3. Vorenthalten der Nacherfüllung	371
V. Ausschlussfrist für Mängelanzeige	372
VI. Erleichterung der Verjährung	373
VII. Gewährleistungsklauseln bei Lieferung gebrauchter Sachen	374
VIII. Gewährleistungsklauseln im unternehmerischen Geschäftsverkehr	375
IX. Garantiebedingungen	377
X. Gewährleistungsfreizeichnung in Kunstauktions-AGB	378
Sechster Abschnitt. Haftung	380
§ 37. Haftungsfreizeichnungen und -beschränkungen	380
I. Die Klauselverbote des § 309 Nr. 7	380
1. Anwendungsbereich	380
a) Vertragliche und gesetzliche Schadensersatzansprüche	380
b) Vertragstypbezogene Ausnahmen	381
2. Freizeichnungsverbot für Verletzung höchstrangiger Rechtsgüter	382
3. Freizeichnungsverbot für grobes Verschulden	382
4. Ausschluss und Begrenzung der Haftung	382
II. Haftung für einfache Fahrlässigkeit im nichtunternehmerischen Verkehr	383
III. Haftung im unternehmerischen Verkehr	385
1. Ausschluss der Haftung	386
2. Begrenzung der Haftung	387
IV. Rechtsfolgen eines Verstoßes	387
V. Sonderregelungen im Recht der freien Berufe	388
VI. Sonderregelungen im Transportrecht	388
Siebter Abschnitt. Vertragsabwicklung	390
§ 38. Zahlungspflichten bei Beendigung des Vertragsverhältnisses	390
I. Regelungsanliegen des § 308 Nr. 7	390

II. Der Verbotstatbestand des § 308 Nr. 7 im Einzelnen	390
1. Erfasste Beendigungsformen	391
a) Rücktritt und Kündigung	391
b) Andere Arten der Vertragsauflösung	391
2. Vergütungs- und Aufwendungsersatzansprüche des Verwenders infolge der Vertragsauflösung	391
3. Unangemessene Höhe	392
III. Verhältnis zu anderen Vorschriften	393
1. § 309 Nr. 5	393
2. Verbraucherschützende Sondervorschriften	394
IV. Folge der Unwirksamkeit	394
V. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	394
Achter Abschnitt. Sicherungsvereinbarungen	395
§ 39. Eigentumsvorbehalt	395
I. Einfacher Eigentumsvorbehalt	395
1. Vereinbarung und Ausschluss des Eigentumsvorbehalts	396
2. Abbedingung des Fristsetzungserfordernisses für den Rücktritt des Vorbehaltsverkäufers	396
II. Erweiterter Eigentumsvorbehalt	397
1. Kontokorrentvorbehalt	397
2. Konzernvorbehalt	399
III. Verlängerter Eigentumsvorbehalt	399
§ 40. Globalsicherheiten	400
I. Freigaberegelungen	401
II. Deckungsgrenze und Bewertung der Sicherheiten	401
Neunter Abschnitt. Prozessbezogene Klauseln	403
§ 41. Beweislastvereinbarungen	403
I. Allgemeines und Normzweck des § 309 Nr. 12 BGB	403
II. Voraussetzungen und Umfang des Verbots	404
1. Beweislastgrundsätze	404
2. Änderung zum Nachteil des anderen Vertragsteils	404
3. Teleologische Reduktion des § 309 Nr. 12?	406
4. Verhältnis zu anderen Vorschriften	407
III. Rechtsfolgen eines Verstoßes	407
IV. Unternehmerischer Geschäftsverkehr	407
§ 42. Gerichtsstands- und Schiedsvereinbarungen	408
I. Gerichtsstandsvereinbarungen	408
1. Nichtkaufmännischer Geschäftsverkehr	408
2. Kaufmännischer Geschäftsverkehr	409
3. Gerichtsstandsklauseln im internationalen Rechtsverkehr	409
a) Allgemeines	409
b) Vorrang des Art. 25 EuGVVO vor § 38 ZPO	410
c) Voraussetzungen einer Gerichtsstandsvereinbarung in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	411
(1) Wahl der Gerichte eines EU-Mitgliedstaates	411
(2) Konsens	411
(3) Form	412
(4) Keine besonderen persönlichen Eigenschaften	413
d) Wirksamkeit und Inhaltskontrolle	413
II. Schiedsvereinbarungen	413
1. Schiedsvereinbarungen und Schiedsgutachtenklauseln	414
2. Zulässigkeit von Schiedsvereinbarungen	414

Zehnter Abschnitt. Besondere Vertragstypen	416
§ 43. Mietvertragsklauseln	416
I. Allgemeines	416
II. Klauseln betreffend den Gebrauch der Wohnung	417
1. Anbringen von Parabolantennen	417
2. Tierhaltung	418
3. Rauchen	418
4. Haftungserweiterungen	419
III. Klauseln betreffend die Instandhaltung der Wohnung	419
1. Allgemeines	419
2. Schönheitsreparaturen	420
a) Begriff	420
b) Grundsätzliche Zulässigkeit der Verlagerung auf den Mieter	420
c) Ausführung und Qualität	421
d) Anfangsrenovierung	421
e) Fristenpläne	422
f) Endrenovierung	423
g) Abgeltungsklauseln	425
h) Rechtsfolgen unwirksamer Schönheitsreparaturklauseln	426
3. Kleinreparaturen	427
IV. Klauseln betreffend die Vertragsbeendigung und die Rückgabe der Wohnung	428
1. Ausschluss des Kündigungsrechts	428
2. Rückgabe der Wohnung	429
§ 44. Arbeitsvertragsklauseln	429
I. Vorbemerkung	430
II. Arbeitszeitregelungen	430
III. Aufhebungsverträge	431
IV. Ausgleichsquittungen und Verichtsvereinbarungen	432
V. Ausschlussfristen	433
1. Allgemeines	433
2. Erfordernis gerichtlicher Geltendmachung	434
3. Länge der Ausschlussfrist	435
4. Mangelnde Gegenseitigkeit	436
5. Gegenständliche Reichweite	436
VI. Bezugnahmeklauseln	437
1. Der Kontrollgegenstand	437
2. Statische und dynamische Bezugnahmeklauseln	437
3. Jeweiligkeitsklauseln	440
VII. Direktionsrechtsklauseln	440
1. Allgemeines	440
2. Art der Arbeit	441
3. Ort der Arbeit	442
VIII. Entgeltabreden	443
1. Kontrollfähigkeit	443
2. Überstundenvergütung, Nachtarbeitszuschläge	444
3. Aktienoptionen	445
IX. Flexibilisierungsklauseln im Hinblick auf Arbeitgeberleistungen	445
1. Allgemeines	445
2. Widerrufsvorbehalte	446
3. Freiwilligkeitsvorbehalte	449
4. Einseitige Leistungsbestimmungsrechte	451
5. Befristung einzelner Arbeitsbedingungen	452
6. Anrechnungsvorbehalte	453
X. Freistellungsklauseln	454
XI. Haftungsabreden	455
1. Arbeitnehmerhaftung	455

2. Mankohaftung	457
3. Arbeitgeberhaftung	458
XII. Rückzahlungsklauseln	459
1. Ausbildungskosten	459
2. Gratifikationen	462
XIII. Schriftformklauseln	463
XIV. Stichtagsregelungen	464
XV. Urlaubsabreden	466
XVI. Vertragsstrafenvereinbarungen	467
1. Allgemeines	467
2. Keine Anwendung von § 309 Nr. 6	467
3. Angemessenheits- und Transparenzkontrolle (§ 307)	468
4. Angemessene Höhe der Vertragsstrafe	469
5. Rechtsfolgen der Überschreitung der Angemessenheitsgrenzen	471
XVII. Wettbewerbsverbote	471
1. Wettbewerbsenthaltungspflicht im bestehenden Arbeitsverhältnis	471
2. Nachvertragliche Wettbewerbsverbote	472
3. Mandantenschutzklauseln	473
XVIII. Zielvereinbarungen	474

Dritter Teil. Das Verbandsklageverfahren

Erster Abschnitt. Allgemeines zur Verfahrensregelung	477
§ 45. Das Unterlassungsklagengesetz und die Unterlassungsklagenrichtlinie 2009/22/EG	477
I. Das Regelungsmodell des Unterlassungsklagengesetzes	477
1. Die Trias verbraucherschützender Verbandsklagen	477
2. Die Verbandsklage als wesentliche Ergänzung des materiellen AGB-Rechts	477
3. Anwendungsbereich	478
II. Einflüsse des europäischen Richtlinienrechts	478
§ 46. Rechtspolitische Bewertung	479
I. Die Entscheidung für ein abstraktes gerichtliches Prüfungsverfahren	479
II. Die Schaffung des Unterlassungsklagengesetzes	481
III. Perspektiven der Verbandsklage	481
Zweiter Abschnitt. Der Unterlassungs- und Widerrufsanspruch	482
§ 47. Voraussetzungen, Inhalt und Rechtsnatur der Ansprüche	482
I. Unterlassungsanspruch gegen den Verwender	482
1. Unwirksame AGB-Bestimmungen als Angriffsobjekt	482
2. „Verwendung“ von AGB-Bestimmungen	483
3. Wiederholungsgefahr	484
4. Inhalt des Anspruchs	485
II. Unterlassungs- und Widerrufsanspruch gegen den Empfehler	485
1. Unterlassungs- und Widerrufsanspruch	485
2. „Empfehlung“ von AGB-Bestimmungen	485
3. Inhalt der Ansprüche	486
III. Rechtsnatur des Unterlassungs- und Widerrufsanspruchs	486
IV. Auskunftsanspruch nach § 13 UKlaG	487
V. Verjährung der Ansprüche	488
§ 48. Anspruchsberechtigte Stellen	488
I. Qualifizierte Einrichtungen	488
II. Rechtsfähige Verbände zur Förderung gewerblicher oder selbstständiger beruflicher Interessen	490
III. Industrie- und Handelskammern, sowie Handwerkskammern	491
IV. Zession der Ansprüche	491

Dritter Abschnitt. Verfahrensrechtliche Aspekte der Anspruchsdurchsetzung	492
§ 49. Vorprozessuale Abmahnung	492
I. Funktion der Abmahnung	492
II. Inhalt der Abmahnung	492
III. Kostenerstattung	493
§ 50. Einstweilige Verfügung	494
I. Allgemeines	494
II. Voraussetzungen	495
III. Verfahren	495
§ 51. Klageverfahren	495
I. Ausschließliche Zuständigkeit des Landgerichts	496
1. Reichweite der Zuständigkeitszuweisung	496
2. Örtliche Zuständigkeit	497
II. Anhörungen von Behörden	498
III. Streitwert	499
IV. Klageantrag und Urteilsformel im Verbandsklageverfahren	501
1. Klageantrag	501
2. Urteilsformel	502
V. Kosten	502
VI. Veröffentlichungsbefugnis	502
VII. Wirkungen des Urteils	503
VIII. „Vollstreckungsabwehrklage“ nach § 10 UKlaG	504
IX. Entscheidungsregister	504
Anhang Checkliste	505
Sachverzeichnis	507